



Asylkonzept zunächst nicht verabschiedet

Es zeichnete sich nach der Veröffentlichung im Februar recht bald ab: das Asylkonzept der Verwaltung würde keine Mehrheit im Stadtrat finden. Um jedoch eine fundierte Übersicht über die einzelnen möglichen Standorte zu erhalten, begab sich die FDP-Ratsfraktion auf Tour und bereiste mit einem Bus das gesamte Stadtgebiet. Es ergab sich, dass einzelne Standorte durchaus geeignet erschienen, andere jedoch nicht.

Grundsätzlich lobten die Liberalen die gesamtstädtische Dimension des Konzeptes sowie die umfassende Betreuung der Asylbewerber. „Die Verwaltung ist unserer Forderung nachgekommen und hat ein umfassendes Gesamtkonzept für die Unterbringung von Asylbewerbern erstellt. Gleichzeitig waren noch viele Punkte zu klären und außerdem war der Finanzierungsvorschlag, Mittel aus der abgelehnten Messemmodernisierung zu verwenden, mit uns nicht zu machen“, sagt FDP-Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Schöneweiß.

Gemeinsam mit der CDU-Fraktion legte die liberale Ratsfraktion daher einen Änderungsantrag vor, dem die Sozialdemokraten letztlich beitraten und größtenteils zustimmten.

Im Einzelnen wird zunächst der Oberbürgermeister aufgefordert, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass Asylbewerber aus „sicheren Herkunftsstaaten“ gemäß § 29a des Asylverfahrensgesetzes zukünftig nicht mehr auf die Kommunen verteilt werden. Außerdem soll die Landesregierung das Flüchtlingsaufnahmegesetz

entsprechend ändern. Dies ist seit jeher eine Forderung der FDP-Ratsfraktion, die ein konsequentes Vorgehen bei abschlägig beschiedenen Asylanträgen verlangt. „Es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, die Verweildauer von rechtmäßig abgelehnten Menschen so kurz wie möglich zu halten“, so Schöneweiß.

Weiterhin sollen die Asylbewerber, deren Perspektive ein dauerhaftes Verbleiben in Essen aufzeigt, schnellstmöglich in Wohnungen vermitteln werden. Bewerber aus den sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“, und deren Asylantrag offenkundig keine Aussicht auf Erfolg hat, sind in Behelfsunterkünften unterzubringen. Wobei diese auch außerhalb von Siedlungsbereichen liegen können. Bei der Betreuung soll auch auf die Erfahrung der Träger der Freien Wohlfahrtspflege zurückgegriffen werden.

Zur besseren Transparenz werden die Grundstücke und das Konzept für die neuen Behelfseinrichtungen den jeweiligen Bezirksvertretungen zeitnah zur Beratung und dem Rat der Stadt Essen zur Beschlussfassung vorgelegt. Selbstverständlich ist die Bevölkerung in angemessener Weise über das Konzept der Behelfseinrichtungen zu informieren.

Ob das Gesamtkonzept noch vor der Kommunalwahl verabschiedet werden wird, scheint zunächst fraglich.

Bürgerentscheid Messe

Am 28. Januar 2014 haben sich alle Fraktionen auf eine gemeinsame Erklärung zum Messestandort Essen bekannt. Um den Bestand der Messe auch zukünftig zu sichern, sollen dazu Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Ziel ist es, die Messe zukunftsfähig zu halten und gleichzeitig einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die notwendige Modernisierung zu erzielen.

Bekanntlich ist der Bürgerentscheid vom 19. Januar 2014 sehr knapp mit 50,4 zu

49,6 Prozent gegen die Messemmodernisierung ausgegangen. Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen bedauert die gravierenden Folgen des Bürgerentscheids, mit dem der Beschluss gekippt wurde, die Messe zu modernisieren und an internationale Mindeststandards anzupassen.

Weniger als 48 Stunden nach dem Schließen der Wahllokale wurden die Auswirkungen bereits in erschreckender Weise deutlich. „Grüne und Linke bauen die ersten Arbeitsplätze ab! Denn, wie nun bekannt wurde, wird die internationale Leitmesse ‚Reifen‘ den Messeplatz Essen verlassen, weil diese nicht mehr den internationalen Mindeststandards entspricht. 2016 findet die ‚Reifen‘ ein letztes Mal hier statt und wandert dann mitsamt dem Deckungsbeitrag von einigen Millionen Euro zur Koelnmesse ab, die bereits vor geraumer Zeit modernisiert wurde“, sagt Hans-Peter Schöneweiß, Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion Essen.

Auch erste Auswirkungen auf das Gastgewerbe zeigen sich bereits. Schöneweiß: „Das Traditionshotel ‚Essener Hof‘ soll von umfangreichen Investitionsplänen Abstand nehmen und keine zwölf zusätzlichen Ar-

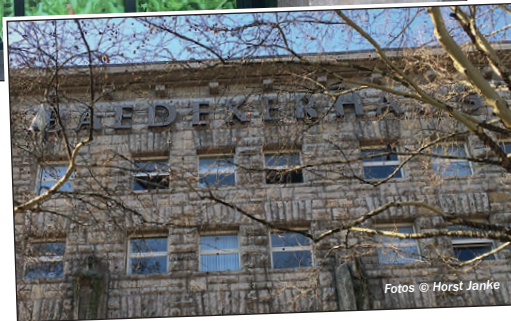


beitsplätze schaffen. Das Parkhotel in Rütenscheid fürchtet nach dem Bürgerentscheid zur Messe ebenfalls um seine Existenz.“

Der Jubel über den erfolgreichen Bürgerentscheid werde den Messegegnern angesichts der Folgen noch im Halse stecken



Nach Auffassung der Liberalen kein Renommee für die Stadt: das leerstehende Ladenlokal im Baedekerhaus an der Kettwiger Straße



Fotos © Horst Janke

bleiben, befürchten die Liberalen. So titelte die überörtliche Presse kürzlich: „Ausverkauf in der Messe Essen – Politischer Hickhack gefährdet den Standort.“ Von existenzgefährdendem Albtraum ist die Rede und weiter heißt es: „Dieser Verlust kostet nicht nur Umsatz bei der Messe, er schmälert auch die Umwegrendite, also das Geld, das Aussteller und Besucher in der Stadt ausgeben, in Restaurants, Hotels, für Taxis und den öffentlichen Nahverkehr. Einige Hotels sollen bereits Investitionspläne gestoppt haben. Denn Experten rechnen mit weiteren Abgängen“ (Carsten Dierig, DIE WELT, 23. Januar 2014).

„Trotzdem müssen wir die demokratisch gefasste Entscheidung des Bürgerentscheids akzeptieren und jetzt nach vorn schauen. Es muss eine schnelle Ersatzlösung her, damit unsere Messe Essen überleben kann“, so Schöneweiß.

Die FDP-Ratsfraktion kritisiert die Vorschläge des grünen Abgeordneten Mehrdad Mostofizadeh, große Messen abwandern und nur noch kleine Messen in Essen stattfinden zu lassen, als unverantwortlich. „Nachgerade absurd ist die Idee, unsere Messe solle die Veranstaltungen mit den größten Umsätzen abwandern lassen. Die Messen in Köln und Düsseldorf würden sich freuen, aber der Verlust der Messengesellschaft in Essen und damit auch der Zuschussbedarf durch die Stadt würden größer“, erläutert Schöneweiß.

FDP für ein lebendiges Baedekerhaus

Anlässlich der aktuellen Debatte über das Baedekerhaus an der Kettwiger Straße spricht sich die FDP-Fraktion für die von

der Firma Peek & Cloppenburg vorgelegten Pläne aus. „Wir wollen lieber ein belebtes Baudenkmal, als eine traurige Ruine an der Kettwiger Straße. Es ist zwar schade, dass im Inneren des Baudenkmalts einige Veränderungen vorgenommen werden müssen. Die Veränderungen sind jedoch erforderlich, um einen wirtschaftlichen Betrieb des Ladenlokals zu gewährleisten“, erklärt FDP-Ratsherr Ingolf Homberger, der die Liberalen im Ausschuss für Stadtentwicklung und Stadtplanung vertritt.

Die Liberalen weisen darauf hin, dass eine lebendige Innenstadt von attraktiven Geschäften geprägt sein muss. „Ein Leerstand an dieser prominenten Stelle würde den Charakter der Kettwiger Straße beeinträchtigen und damit der gesamten City schaden“, so Homberger weiter.

FDP: Realschulen in ihrer jetzigen Form erhalten

Die FDP-Ratsfraktion Essen will die Realschulen in ihrer jetzigen Form erhalten. Die aktuellen Anmeldezahlen bestätigen nach Auffassung der Liberalen den Bedarf an dieser bewährten Schulform.

„Der Elternwille zeigt eindeutig, dass die Realschulen gebraucht werden und gute Arbeit leisten. Dies gilt angesichts der bedenklischen Schulpolitik der rot-grünen Landesregierung umso mehr“, sagt FDP-Fraktionschef Schöneweiß.

Die Realschule darf nicht zugunsten einer anderen Schulform einfach geopfert werden. „Gesamtschulen oder Sekundarschulen sind kein adäquater Ersatz für bewährte Schulformen. Deshalb muss eine vorausschauende, aktive Schulpolitik ideologiefrei geführt werden. Weder den Kindern, noch den Eltern ist gedient, wenn ideologische Gräben gerissen werden“, so Schöneweiß.

Städtische Gebühren – FDP: „Sparsamkeit ist bürgerfreundlich!“

„Sparsamkeit ist bürgerfreundlich!“, mit diesen Worten kommentiert FDP-Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Schöneweiß verschiedene Tagesordnungspunkte der Ratssitzung vom 27. November 2013.

Der Stadtrat hat über die Gebühren für Müll, Abwasser, Straßenreinigung und Winterdienst entschieden. Die Kosten für Müll und Abwasser bleiben gleich.

Zwar steigt die Gebühr für die Straßenreinigung um 1,8 Prozent, doch gleichzeitig verringert sich das Entgelt für den Winterdienst um ca. 25 Prozent.

„Für die Bürger ergibt sich unter dem Strich eine Entlastung. Es zeigt sich also, dass die sparsame Haushaltsführung der vergangenen Jahre sich positiv auf den Geldbeutel der Bürger auswirkt. Damit wäre das ‚Märchen der Linken von der Vergeblichkeitsfalle‘ eindeutig widerlegt oder anders gesagt, eine sparsame Kommune ist gut für die Menschen“, betont Schöneweiß.

Als „groben Unsinn“ bezeichnen die Liberalen daher die von der Linksfraktion beantragte Erhöhung der Gewerbesteuer um 48 Prozentpunkte. „Eine derartige Steuererhöhung würde dem Wirtschaftsstandort Essen schweren Schaden zufügen und viele Arbeitsplätze kosten. Solche Maßnahmen wären daher nur geeignet, den Haushalt zu ruinieren, da Unternehmen abwandern. Das Beispiel Monheim zeigt, dass sich eine Gewerbesteuer-senkung unter dem Strich sogar lohnen kann. Wir werden daher die sparsame Haushaltsführung des Stadtkämmerers weiter unterstützen“, erläutert Schöneweiß.



© Kurt Kleemann / Fotolia.com

Nach der Senkung der Gewerbesteuer sind in Monheim die Steuererträge gestiegen. Der Gewerbesteuerhebesatz beträgt dort 300 Prozent und in Essen 480 Prozent.

FDP: Ausschreibung der Müllverbrennung ein Erfolg

Als Erfolg wertet die FDP-Ratsfraktion Essen das Ergebnis des Ausschreibungsverfahrens der Abfallentsorgung des Essener Hausmülls. Die Liberalen hatten sich als erste Fraktion für die Ausschreibung der Müllmengen ausgesprochen, als andere



politische Kräfte noch einen Kauf des Müllofens oder die Beteiligung an der Müllverbrennung des Emscherverbandes (Betrem) vorschlugen.

„Die Müllgebühren werden praktisch stabil bleiben – allen Unkenrufen zum Trotz. Es wäre falsch gewesen, den marktwirtschaftlichen Weg zu verlassen und die Bürgerinnen und Bürger das unternehmerische Risiko des Kaufs und Betriebs des Müllofens in Karnap tragen zu lassen“, sagt FDP-Fraktionschef Hans-Peter Schöneweiß.

Die Liberalen erinnern daran, dass der nun erreichte „Veraschungspreis“ je Tonne Hausmüll etwa bei der Hälfte dessen liegt, was zunächst von der Betrem als Preis vorgeschlagen wurde. Insbesondere von den Grünen wurde das Betrem-Modell favorisiert. „Wären wir den Grünen gefolgt, würden jetzt die Gebühren steigen. Die Ausschreibung war also der richtige Weg!“, so Schöneweiß.

STEAG-Deal – FDP: Andere Fraktionen unglaublich

Selbstverständlich fordert auch die FDP-Fraktion im Zusammenhang mit dem in der Diskussion stehenden Erwerb von STEAG-Anteilen eine umfassende Beteiligung der Ratsgremien. Das Lamento der anderen Fraktionen halten die Liberalen jedoch für reine Taktik.

„Die Krokodilstränen einiger Fraktionsvorsitzender finde ich nicht glaubwürdig. Jetzt soll genau das gemacht werden, was diese Fraktionen 2011 beschlossen haben. Schon Ende 2010 haben wir auf die Risiken für die Steuerzahler hingewiesen, die ein derartiger Deal mit sich bringt. Es ist einfach nicht die Aufgabe von Stadtwerken, einen internationalen Energiekonzern zu betreiben. Außerdem entspricht es einem großen Maß an Selbstüberschätzung, wenn kommunale Ratsvertreter glauben, einen solchen Konzern wirkungsvoll kontrollieren zu können. Deshalb haben wir im Februar 2011 gegen den Deal gestimmt“, sagt FDP-Fraktionschef Hans-Peter Schöneweiß.

In dem umfangreichen Kaufvertrag verpflichtet sich das Stadtwerkekonsortium, an dem die Stadtwerke Essen mit 15 Prozent beteiligt sind, bis spätestens 2016 die zweite Tranche von 49 Prozent der STAEG-Anteile zu erwerben (Put-Option), wenn die EVONIK dies wünscht. Frühester Zeitpunkt für das Stadtwerkekonsortium, die 49 Prozent zu kaufen, war Januar 2014 (Call-Option).

Mit dem Beschluss vom 23. Februar 2011 hat der Essener Stadtrat dieser Vertragsgestaltung gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt. Damals bestand noch die Ansicht, einen „strategischen Partner“ zu finden, der in das Konsortium einsteigt und der sich im schwierigen internationalen Geschäft auskennt. Die Suche nach einem solchen Partner ist leider vergeblich verlaufen. „Jetzt stehen die Bürgerinnen und Bürger allein mit dem Risiko da, welches ihnen Lokalpolitiker eingebracht haben“, so Schöneweiß.

FDP bleibt beim Fünf-Spartenprinzip der TuP

Die FDP-Ratsfraktion sieht im städtischen Kulturbereich die Grenze des Belastbaren erreicht. Die Liberalen sprechen sich weiterhin für einen Fünf-Spartenbetrieb der Theater- und Philharmonie GmbH (TuP) aus.

„Beim Sparkurs ist für die Kultur das Ende der Fahnenstange erreicht. Ähnliches gilt für andere städtische Betriebe, wie die Sport- und Bäderbetriebe sowie Grün & Gruga. Eine weitere Reduzierung der Mittel für die Theater- und Philharmonie würde eine Spartenschließung herauf beschwören. Wir Liberale wollen jedoch auch weiterhin alle fünf Sparten erhalten. Deshalb

darf es ab 2015 keine weiteren Kürzungen geben“, fordert Hans-Peter Schöneweiß, Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion Essen.



Die Freidemokraten erwähnen in dem Zusammenhang die enormen Sparanstrengungen, die die Theater- und Philharmonie und die anderen kommunalen Unternehmen in den vergangenen Jahren erbracht haben sowie den allgemeinen städtischen Sparkurs. Gleichzeitig werden aber die Städte mit zusätzlichen Aufgaben überfrachtet.

„Es darf nicht sein, dass wir vom Land immer neue Knüppel zwischen die Beine geworfen bekommen. Eklatantes Beispiel ist der Konflikt über die Finanzierung der schulischen Inklusion, bei dem wir vom Land NRW auf einem erheblichen Millionenbetrag sitzen bleiben sollen. Von NRW insgesamt 113,5 Millionen Euro Mehrkosten will das Land nur 76 Millionen Euro übernehmen. Wir Liberale setzen uns jedoch dafür ein, dass das Land die gesamten Kosten übernimmt, so dass wir im Gegenzug die Deckungslücke der Theater- und Philharmonie GmbH schließen können“, sagt Schöneweiß.

Der Vollständigkeit halber muss jedoch erwähnt werden, dass immer noch freiwillige Aufgaben geschaffen werden. „Kritisch sind aus unserer Sicht u.a. die Bewerbung als ‚Stadt der Dekade‘ der Vereinten Nationen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014 zu hinterfragen“, so Schöneweiß.

FDP erneuert Kritik an Liebrechtsstraße: Notunterkunft in Innenstadtnähe verlegen

Nach Kostenerhöhungen im Millionenbereich erneuert die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen ihre Kritik an der Renovierung der städtischen Notunterkunft in der Liebrechtsstraße.

„Nach den erheblichen Kostensteigerungen muss die Frage gestellt werden, ob das Geld jetzt reichen wird. Wir halten den Standort nach wie vor für falsch und for-

den einen Ausstieg. Jetzt ist noch Zeit, die gemachten Fehler einzusehen und an geeigneter Stelle in Innenstadtnähe einen neuen Standort zu finden“, sagt Hans-Peter Schöneweiß, Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion Essen.

Bereits vor gut einem Jahr hatte die FDP-Fraktion im Bau- und Verkehrsausschuss am 24. Januar 2013 beantragt, die städtische Notunterkunft in der Liebrechtstraße nicht zu renovieren, sondern in Innenstadtnähe zu verlegen. Dieser Antrag fand damals keine Mehrheit.

„Wir halten es für nicht sachgerecht, die städtische Notunterkunft in der Liebrechtstraße zu renovieren oder an diesem Standort neu zu bauen. Wir bezeichnen die Platzierung einer solchen Einrichtung in einem Ortsteil am Rande des Stadtgebiets als ungeeignet. Hinzu kommt die problematische Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Nach der Aufgabe der Notunterkunft am jetzigen Standort, kann das Gelände gut als Wohnbaufläche vermarktet werden, so dass die Kosten für einen Neubau zu einem Großteil refinanziert, wenn nicht gar überkompensiert werden dürften“, so Schöneweiß.

Dennoch wurde bei der Ratssitzung im Februar mit breiter Mehrheit für den Weiterbau in Überruhr votiert – nur die FDP stimmte dagegen.

FDP sieht Sparanstrengungen von Erfolg gekrönt

„Endlich beginnen wir, Schulden zu tilgen!“, kommentiert Hans-Peter Schöneweiß den am 13. Januar 2014 begonnenen Schuldenabbau durch die Stadt Essen.

„75 Millionen Euro jährliche Zinszahlungen sind letztendlich ‚rausgeschmissenes Geld‘, mit dem man Besseres anfangen könnte. Deshalb war es richtig, standhaft zu sein und im Viererbündnis Kurs zu halten, auch als die See rauer wurde und wir



durch externe Faktoren, wie die Energiewende, Nackenschläge verbuchen mussten. Dennoch haben wir Liberale im Viererbündnis immer an dem Ziel festgehalten, denn wir sind in der Schuld unserer Kinder und Kindeskinde, den gewaltigen Schuldenberg von über 3,3 Milliarden Euro abzubauen“, so Schöneweiß.

Allerdings sind nicht alle Ratsmitglieder so positiv auf den Schuldenabbau zu sprechen. „Schuldentilgung ist doch eine freiwillige Ausgabe. Wieso fällt die nicht unter die Haushaltssperre?“ fragte Dietrich Keil, Ratsherr von AUF-Essen und Mitglied der MLPD (Marxisten/Leninisten) im Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Essen. Er musste sich dann vom Stadtkämmerer erläutern lassen, dass es gar nicht so unüblich in Deutschland ist, Kredite auch abzahlen.

So lustig sich diese Fußnote auch anhört, zeigt sie doch in erschütternder Weise die Leichtfertigkeit linker Kräfte beim Umgang mit Steuergeldern.

Rot-Rot-Grün will Haushalt mit Wahlkampfeschen an ver.di belasten

Wider besseres Wissen hat ein Antrag der Linken zur Ratssitzung am 26. Februar 2014 eine Mehrheit von SPD, Grünen und eben den Linken gefunden, einen Hausta-

rifvertrag bei der städtischen Arbeitsbeschaffung EABG einzuführen.

Bereits im November 2013 hatte diese Konstellation die Verwaltung beauftragt, einen Haustarifvertrag bei der EABG auszuhandeln. Weil die Bezirksregierung Düsseldorf diesen Beschluss postwendend beanstandete, kam die Verwaltung dem Ratsauftrag zwar nach und es wurde mit der Gewerkschaft ver.di ein Tarifvertrag ausgehandelt, unterzeichnet wurde der Vertrag jedoch nicht. Denn ein solcher Tarifvertrag würde eine zusätzliche Lücke von jährlich 700.000 Euro in den Haushalt reißen, ohne dass es dafür eine Deckung gibt. Im Beschlussvorschlag der Linken steht lediglich: „Eine Deckung erfolgt aus dem allgemeinen Haushalt.“

Die Grünen waren in der Debatte dann etwas näher an der Wirklichkeit. Ratsherr Walter Wandtke nannte als Deckung einen Nachtragshaushalt mit Steuererhöhung als Möglichkeit der Kompensation. Übrigens ist zu befürchten, dass weitere städtische Töchter ähnliche Tarifverträge verlangen würden. Am Ende belief sich die zusätzliche Belastung des Stadthaushaltes auf fast fünf Millionen Euro jährlich.

Außerdem geht die Verwaltung davon aus, dass eine derartige Subventionierung der linken Spielwiese EABG mit zusätzlichen Steuergeldern mit dem EU-Beihilferecht nicht konform gehe und dass die EABG nicht mehr wettbewerbsfähig werden könnte und so von der Insolvenz bedroht sei. Der Oberbürgermeister erklärte denn auch vor der Abstimmung, dass ein solcher Beschluss wahrscheinlich nicht rechtskonform sei.

In der Ratsdebatte bemängelte FDP-Fraktionsvorsitzender Schöneweiß daher auch, wie gemein es sei, den Mitarbeitern der EABG unberechtigte Hoffnungen auf mehr Geld zu machen. Doch unbeirrt von Sachargumenten setzten die linken Konsorten ihr Vorhaben gegen die Stimmen von FDP, CDU und EBB durch. Als Fazit blieb es bei einem teuren Wahlkampfeschen von Rot-Rot-Grün an ver.di.

Die FDP-Ratsfraktion Essen wünscht Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Osterfest und geruhsame Feiertage.



Impressum

FDP-Fraktion

Alfredistraße 31, 45127 Essen

Telefon: (02 01) 49 55 13-70

Telefax: (02 01) 49 55 13-99

E-Mail: info@fdp-fraktion-essen.de

Web: www.fdp-fraktion-essen.de



<http://www.facebook.com/FDP.Ratsfraktion.Essen>

Herausgeber:

FDP-Fraktion

im Rat der Stadt Essen

Hans-Peter Schöneweiß

V.i.S.d.P.: Horst Janke

Layout:

Stefanie Kollhorst – Mediendesign

45144 Essen

E-Mail: steffi.kol@gmx.de

Druck:

ProfiPrint Wollert

Weidkamp 116, 45355 Essen

Telefon: (02 01) 2 69 86 09

Telefax: (02 01) 2 69 88 47

E-mail: info@profiprintwollert.de

Web: www.profiprintwollert.de

Auflage: 1.500